

SoVD setzt im Expertenbeirat Impulse für eine Reform

Endlich mehr Zeit für Pflege?

Die Pflegeversicherung soll allen Menschen helfen, die Unterstützung benötigen. Dabei stehen bisher jedoch körperliche Einschränkungen im Mittelpunkt, während psychische oder demenzielle Erkrankungen weniger berücksichtigt werden. Ein weiteres Problem ist, dass die etwa für die individuelle Körperpflege erforderliche Hilfe auf die Minute genau berechnet wird. Für menschliche Zuwendung bleibt dabei meist keine Zeit. Das soll sich nun ändern. Als maßgebliche Organisation war der SoVD Mitglied in einem Expertenbeirat, der umfangreiche Vorschläge zur Ausgestaltung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs vorgelegt hat. Deren Umsetzung gehört jetzt zu den dringenden Aufgaben der neuen Bundesregierung.

Die Pflegeversicherung wurde 1995 in Deutschland eingeführt. Durch sie soll sowohl für gesetzlich wie auch für privat Versicherte das Risiko einer eintretenden Pflegebedürftigkeit abgesichert werden. Anders als etwa in der gesetzlichen Krankenversicherung werden dabei jedoch Kosten nicht nach dem tatsächlichen Bedarf und in voller Höhe übernommen, sondern nur entsprechend zuvor festgelegter Höchstsätze.



Foto: Kzenon/fotolia; dimedrol68/fotolia

Leistungen aus der Pflegeversicherung werden bisher nach festgelegten Zeitvorgaben bemessen. Reformvorschläge wollen jetzt weg von dieser Minutenpflege und hin zu mehr Selbstständigkeit.

Die Pflegeversicherung ist also keine Vollversicherung.

Wer erhält Leistungen?

Menschen, die einen Antrag auf Leistungen stellen, werden zunächst vom Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) begutachtet. Dabei wird der jeweilige Zeitbedarf für die persönliche Pflege sowie für die hauswirtschaftliche Versorgung festgehalten. Auf dieser Grundlage erfolgt schließlich eine Einordnung in

eine der bestehenden Pflegestufen von Stufe I („erhebliche Pflegebedürftigkeit“) bis hin zu Stufe III („schwerste Pflegebedürftigkeit“). Die Höhe der gewährten Leistungen ist an diese Stufen gekoppelt.

Kritik am aktuellen System

Bisher wird zur Feststellung des Pflegebedarfs vor allem auf körperliche Defizite geschaut, zum Beispiel ob eine Person noch in der Lage ist, sich selbst zu waschen. Das kann im Ein-

zelfall zu Fehleinschätzungen führen. So können etwa Menschen mit einer demenziellen Erkrankung rein körperlich zu bestimmten Handlungen sehr wohl noch in der Lage sein. Allein fehlt ihnen hierzu aufgrund psychischer Einschränkungen oftmals die Fähigkeit. Die gerade für Demenzkranke so wichtige Unterstützung in Form einer Betreuung ist jedoch in der Pflegeversicherung derzeit nicht vorgesehen.

Fortsetzung auf Seite 2

Warnsignale für Altersarmut ernst nehmen

Alarmierende Zahlen des Statistischen Bundesamtes
Seite 5



Beifall winken im Kino

Erstes Filmfest für Gehörlose in Berlin
Seite 7



Senioren als Opfer von Betrügern

Ex-Polizist warnt vor miesen Tricks der Kriminellen
Seite 3



Medizinischer Dienst zu Gast beim SoVD

Zugang Pflegebedürftiger zu Reha-Maßnahmen erörtert
Seite 5

Ein Schnitzel für alle

Film der ARD-Themenwoche „Zum Glück“
Seite 24



Anzeige

Unfall-Vorsorge mit Premium-Schutz.

Als Mitglied des Sozialverband Deutschland e.V. können Sie besonders günstigen und speziellen Schutz genießen.

Unfall-Vorsorge mit Notfall-Plus Premium

- Invaliditätsleistung bereits ab 1% Invalidität
- Hilfe- und Pflegeleistungen wie z.B. Menüservice, Einkäufe

Interesse? Dann melden Sie sich!
ERGO Lebensversicherung AG
Organisation für
Verbandsgruppenversicherungen
Überseering 45, 22297 Hamburg
Tel 0800 374 60 06
(gebührenfrei)

ERGO



Blickpunkt

2014 wird der Strom noch teurer. Der Grund: Die Umlage für Ökostrom wird um knapp einen Cent erhöht. Die Steigerung um rund 18 Prozent auf 6,24 Cent je Kilowattstunde bedeutet eine enorme Belastung für die Verbraucher! Gerade für Menschen mit niedrigem Einkommen oder im Hartz-IV-Bezug sind die Kosten nicht mehr zu stemmen. Viele von ihnen sitzen im wahren Sinne des Wortes im Dunkeln, weil sie ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können.

Hier besteht dringender Handlungsbedarf! Nur am Rande: Das sah die Kanzlerin vor der Wahl auch so. Da sollte die Umlage nicht über 3,5 Cent steigen.

Irreführend und wenig hilfreich ist es in diesem Zusammenhang, die gestiegenen Strompreise allein den Erneuerbaren Energien anzulasten. Strom sparen ist gut und schön, aber das löst das Problem nicht, denn mehr als die Hälfte des Strompreises besteht heute aus Steuern, Leistungs- und Netzge-

bühren sowie der Energieumlage. Fakt ist aber auch: Die Umlage müsste nicht so stark steigen, wenn es seitens der Politik nicht weiterhin so großzügige Ausnahmen für die energieintensive Industrie gäbe. Die Energiewende ist notwendig. Sie muss aber von allen geschultert werden, gerade auch von den (Finanz-) Starken. Das ist für uns, für den SoVD, eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

Gerhard Renner
SoVD-Vizepräsident